

Landkreis Wittmund Der Landrat



Am Markt 9, 26409 Wittmund
Postfach 13 55, 26400 Wittmund

Öffnungszeiten:
Mo - Fr. 08.30 - 12.30 Uhr
Di 14.15 - 15.45 Uhr

Landkreis Wittmund - Postfach 13 55 - 26400 Wittmund

Mit Postzustellungsurkunde

Fa.
Christian Siebels & Co. GmbH
Wallster Postweg 6

26607 Aurich

Datum: 15.02.1999
Dienststelle: Bauamt
- untere Wasserbehörde -
Verw.-Geb.: III, Schloßstr. 9
Sachbearb.: Frau Dirksen+Herr Coordes
Zimmer-Nr.: 206 + 203
Tel.-Durchwahl: 04462/86-12 92 + 86-12 88
Tel.-Vermittlung: 04462/86-01
Telefax: 04462/86-1125
eMail: lk-wittmund@t-online.de

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen

61/66 30 80

Meine Nachricht vom

12.02.1999

Uferabbruch an der Bodenabbaustätte in Ardorf-Hoheberg, Abbruch vom 11.02.1999

Sehr geehrter Herr Siebels,
sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit bestätige ich die am 11.02.1999 bzw. 12.02.1999 mündlich an Sie ergangenen Anordnungen bzw. werden meine Forderungen wie folgt ergänzt:

1. Saugbaggerarbeiten sind bis auf weiteres sofort einzustellen.
2. Die Abbruchstelle ist unverzüglich mit auf der Abbaustätte bereits gewonnenem Füllsand derart aufzufüllen, daß die Böschungen standfest sind.

Aushubmaterial anderer Baustellen oder Bauschutt darf nicht eingebracht werden.

In diesem Zusammenhang ist umgehend zu überprüfen, ob auf der Abbaustätte noch ausreichende Füllsandmengen für die Auffüllung vorhanden sind. Ansonsten ist die Auslieferung von Füllsand einzustellen.

3. Die Verfüllarbeiten sind ab sofort von einem Sachverständigen fachlich zu begleiten. Desweiteren hat dieser zu ermitteln, wie es zu dem neuerlichen Abbruch kommen konnte. Der Gutachter hat sich umgehend vor Ort ein Bild über die Gesamtsituation zu machen, um letztendlich beurteilen zu können, welche Maßnahmen er zwecks Ursachenbestimmung bzw. Ermittlung der nachfolgenden Forderungen für notwendig hält. Der Gutachter ist von Ihnen unverzüglich zu beauftragen. Eine Auftragsbestätigung ist mir vorzulegen. Die Auswahl des Sachverständigen bedarf meiner vorherigen Zustimmung.

Konten: (BK-Nr.: 800 308 842)
Kreissparkasse Wittmund (BLZ 282 527 00) Konto-Nr. 7306
Postbank Hannover (BLZ 250 100 30) Konto-Nr. 4455-300

Ratföhrer-Volkbank Aurich-Wittmund eG (BLZ 282 627 94) Konto-Nr. 1 0003 000
Oldenburgische Landesbank Wittmund (BLZ 282 222 08) Konto-Nr. 848 869 8700

Seite: 2

4. Nach Fertigstellung der Verfüllung ist durch den Sachverständigen zu ermitteln und zu bestätigen, daß die aufgefüllten Uferböschungen ausreichend standfest sind.
5. Bevor einem weiteren generellen Bodenabbau mit den im Planfeststellungsbeschluß vorgesehenen Grenzabständen bzw. weiteren Arbeiten mittels Saugbagger zugestimmt werden kann, ist durch ein Sachverständigengutachten, welches die gesamte Abbaugrube umfaßt (Planfeststellungsbeschlüsse vom 01.09.1998 und 03.06.1991) zu ermitteln, ob überhaupt bzw. an welchen Stellen des Abbaugeländes noch Abbautätigkeiten durchgeführt werden dürfen. Es ist derselbe Sachverständige wie zur Forderungen Nr. 3 und 4 zu wählen.
6. Das östlich zur Abbaustätte angrenzende Grundstück (östlich des Weges) ist mittels Flatterband oder ähnlich geeignetem Material mit ausreichendem Abstand (mind. 10 m ab östlichem Wallfuß) so lange zu sichern, bis die o. g. Standsicherheit nachgewiesen ist.

Die sofortige Vollziehung sämtlicher Maßnahmen ordne ich an.

Die Kosten des Verfahrens haben Sie zu tragen.

Begründung:

Am 11.02.1999 stellte ich den in der Anlage dargestellten Uferabbruch an Ihrer Abbaustätte in Ardorf-Hoheberg fest. Mittels zusätzlichem Ortstermin am 12.02.1999 wurde die weitere Verfahrensweise als auch die zu erledigenden Arbeiten größtenteils mit Ihnen abgestimmt.

Gemäß § 37 Abs. 2 Satz 2 und § 39 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) vom 21.09.1998 (BGBl. I S. 3050), in der z.Zt. geltenden Fassung, sollen mündlich getroffene Anordnungen allerdings schriftlich bestätigt und begründet werden. Nach weiterer Prüfung des Sachverhalts waren zudem zusätzliche Forderungen notwendig, die im weiteren noch ergänzend begründet werden.

Der Landkreis Wittmund als untere Wasserbehörde ist in seinem Bezirk zuständig für den Schutz von Oberflächengewässern und Grundwasser. Er hat im Rahmen dieser Zuständigkeit sicherzustellen, daß den Vorschriften des Nds. Wassergesetzes Rechnung getragen wird.

Nach § 169 des Nds. Wassergesetzes (NWG) vom 25.03.1998 (Nds. GVBl. S. 347), in der z.Zt. geltenden Fassung, i. V. m. §§ 1, 6 und 11 des Nds. Gefahrenabwehrgesetzes (NGefAG) vom 13.04.1994 (Nds. GVBl. S. 172), in der z. Zt. geltenden Fassung, kann die untere Wasserbehörde neben der Ausführung des NWG ergänzende Maßnahmen nach dem allgemeinen Recht der Gefahrenabwehr zur Verhütung von Zuwiderhandlungen treffen.

Demnach war ich berechtigt, nach pflichtgemäßem Ermessen die notwendigen Maßnahmen anzuordnen (§ 11 NGefAG), um eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit abzuwehren. Die Gefahr stellte sich hierbei zum einen als Verstoß gegen die rechtskräftigen Auflagen des Planfeststellungsbeschlusses vom 01.09.1988 dar, da die dort festgelegten Grenz- und Sicherheitsabstände Ihrerseits nicht mehr eingehalten werden. Zum anderen war die gegenwärtige Gefahr

Seite: 3

gegeben, daß durch die Einwirkung des schädigenden Ereignisses noch weitere bzw. fortschreitende Uferabbrüche eintreten.

Die Begründung meiner Anordnungen ergibt sich im einzelnen wie folgt:

zu 1.:

Diese Maßnahme war notwendig und erforderlich, da sie der Verhütung unmittelbar drohender weiterer Uferabbrüche diene. Weiteren Saugbaggerarbeiten konnte bzw. kann ich zum jetzigen Zeitpunkt - noch nicht einmal für die Verfüllung des Abbruchs - zustimmen, da aufgrund der bis dato ungeklärten Ursachen zu befürchten steht, daß mit weiteren Abbrüchen zu rechnen ist. Bevor nicht ein diesbezüglich durchgeführtes Gutachten die näheren Umstände hinreichend geklärt hat, haben sämtliche Arbeiten mittels Saugbagger zu unterbleiben.

zu 2.:

Diese Forderung war zur Beseitigung bereits eingetretener Gefahren anzuordnen. Insbesondere war es zur Sicherung des öffentlichen Weges „Am Rillenmoor“ erforderlich, daß die Verfüllung der Kantenabbrüche zügig vorangetrieben und die Uferlinien so weit wie möglich standfest wiederhergestellt werden.

Im übrigen dürfen - wie Ihnen bereits aus vorangegangenen Verfahren bekannt ist - grundsätzlich notwendig werdende Auffüllungen nur mit örtlich gewonnenem Bodenmaterial versehen werden. Somit ist das auf Ihrer Sandgrube lagernde Material für die Auffüllung des Abbruchs zu verwenden. Diese ist nach Inaugenscheinnahme der Abbaustelle auf dem Grundstück auch vorhanden. Ob allerdings die vorhandene Menge für die vollständige Verfüllung ausreichend ist, bitte ich dringend zu überprüfen. Anderenfalls ist die Auslieferung von Füllsand einzustellen.

zu 3.:

Von hier aus wird es für absolut erforderlich gehalten, daß bereits zum jetzigen Zeitpunkt die Verfüllarbeiten von einem kompetenten Sachverständigen begleitet werden. Der gesamte Vorgang bedarf in seiner „Gesamtheit“ der fachlichen Überprüfung und Anweisung. Außerdem ist durch Sie die Ursache des Abbruchs zu ergründen, da diese Frage bei etwaigen Schadenersatzansprüchen Dritter von bedeutender Wichtigkeit sein wird.

zu 4.:

Der Nachweis der Standfestigkeit der aufgefüllten Uferböschungen durch einen Sachverständigen ist u.a. geboten, um die von mir angeordnete Vollsperrung der Straße „Am Rillenmoor“ wieder aufzuheben.

zu 5.:

Aufgrund der Vielzahl der vergangenen Uferabbrüche und der damit verbundenen Gefahren und Auswirkungen kann ich einem weiteren Abbau ohne fachgutachtliche Prüfung nicht mehr zulassen. Es ist daher zunächst zu ermitteln, ob die Wiederaufnahme des Naßabbaus überhaupt

Seite: 4

oder eingeschränkt nur an einigen Stellen der Abbaugrube durchgeführt werden darf. In diesem Zusammenhang ist somit zu prüfen, ob die Vollziehbarkeit der Planfeststellungsbeschlüsse insgesamt ausgesetzt werden muß oder unter welchen weiteren neuen Auflagen (s. hierzu § 75 Absatz 2 VwVfG) ein Abbau fortgesetzt werden kann. Ggfs. muß die Abbaustätte jedoch bereits zum jetzigen Zeitpunkt als „ausgebeutet“ angesehen werden, was - wie bereits erläutert - der Prüfung durch das von mir geforderte Sachverständigengutachten bedarf.

In diesem Zusammenhang haben Sie mehrfach erläutert, daß die erforderlichen Sicherheitsabstände und Unterwasser-Böschungsneigungen während des Abbaus eingehalten werden. Diese Aussage zwingt zu der Annahme, daß durch derzeit unbekannte widrige Umstände diese Abbrüche unvermittelt auftreten. Die Abbaustätte wird dadurch zu einer nicht mehr einzuschätzenden Gefahr für nachbarliches Eigentum und für Leib und Leben anderer.

zu 6:

Wie zuvor erwähnt, ist durch den Uferabbruch eine Gefahr für Leib und Leben anderer Personen entstanden, da von der landwirtschaftlich genutzten Fläche aus gesehen, die Abbruchstelle nicht erkennbar ist. Personen könnten daher ungehindert in die Grube gelangen. Außerdem könnten Erschütterungen von schwerem landwirtschaftlichem Gerät weitere Abbrüche bewirken.

Der Eigentümer und der Nutzungsberechtigte des z. g. Grundstückes werden von hier über die vermeintliche Gefahr hingewiesen.

Als Betreiberin der Abbaustätte sind Sie gem. § 6 Abs. 3 NGefAG für dessen ordnungsgemäßen Zustand verantwortlich (Verhaltensstörer), so daß die angeordneten Maßnahmen auch aus diesem Grund gegen Sie zu richten waren.

Die Anordnung der sofortigen Vollziehung stützt sich auf § 80 Abs. 2 Nr. 4 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) vom 19.03.1991 (BGBl. S. 686), in der z.Zt. geltenden Fassung. Um eine Gefahr für Leib und Leben Dritter zu verhindern, liegt es im besonderen öffentlichen Interesse, die Abbruchstelle unverzüglich abzusichern, weitere Baggerarbeiten bis auf weiteres einzustellen und die Abbruchstellen umgehend mit Füllsand zu verfüllen. Wegen der besonderen Gefahren, die durch den Uferabbruch hervorgerufen werden, kann es nicht hingenommen werden, daß dieser Kantenabbruch im Falle eines Widerspruchs bis zur Unanfechtbarkeit dieser Entscheidung in der jetzigen Form und zudem noch ungesichert verbleibt.

Abschließend möchte ich noch darauf hinweisen, daß ich mir die Einleitung eines Ordnungswidrigkeitenverfahrens ausdrücklich vorbehalte.

Kostenfestsetzung:

Für den bisher entstandenen Verwaltungsaufwand wird gemäß §§ 1, 3, 5, 11 und 13 des Verwaltungskostengesetzes vom 07.05.1962 (Nds. GVBl. S. 43) in der z. Zt. geltenden Fassung -

Seite: 5

in Verbindung mit Tarifnummer 36 des Kostentarifes zur Allgemeinen Gebührenordnung vom 05.06.1997 (Nds. GVBl. S. 171) - in der z. Zt. geltenden Fassung - eine Gebühr in Höhe von 1011,00 DM (Verwaltungsgebühr: 1.000,00 DM, Zustellgebühr: 11,00 DM) erhoben. (Dieser Betrag entspricht 516,92 EURO).

Ich empfehle, sich des anliegenden Überweisungsvordruckes zu bedienen.

Die Gebühr ist innerhalb eines Monats an die Kreiskasse Wittmund unter Angabe des Aktenzeichens und des Kassenzeichens 1230.1000/_____ auf eines der angegebenen Konten zu überweisen.

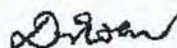
Im Falle der Vollstreckung werden aufgrund des Niedersächsischen Verwaltungsvollstreckungsgesetzes (VwVG) vom 02.06.1982 (GVBl. S. 139) - in der z. Zt. geltenden Fassung - Kosten erhoben.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift beim Landkreis Wittmund, Am Markt 9, 26409 Wittmund, einzulegen.

Zu Ihrer Information weise ich darauf hin, daß der Widerspruch wegen der Anordnung der sofortigen Vollziehung keine aufschiebende Wirkung hat und Sie nicht von der auferlegten Verpflichtung entbindet. Auf Ihren Antrag kann das Verwaltungsgericht Oldenburg, Schloßplatz 10, 26122 Oldenburg, nach Einlegung des Widerspruchs die aufschiebende Wirkung jedoch ganz oder teilweise wieder herstellen.

Hochachtungsvoll
Im Auftrage



(Dirksen)

